

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preiskliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattitel, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. IV.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 118

Sonnabend, den 21. Mai 1938

90. Jahrgang

Menschenjagd auf Deutsche!

Feststellungen der Sudetendeutschen Partei

Das Presseamt der Sudetendeutschen Partei teilt mit: „Auf Grund der heute eingelaufenen Nachrichten über die antideutschen Ausschreitungen in Prag, Brünn und einer Reihe sudetendeutscher Städte ist heute vormittag der Politische Ausschuss der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten.“

Die Vertreter der Organisationsgliederungen der Sudetendeutschen Partei berichteten über die Lage im sudetendeutschen Siedlungsgebiet. Die Zusammenfassung der Berichte ergibt, daß Sozialisten und Kommunisten und tschechische Elemente sich verbinden und das Sudetendeutschtum auf das unerhörteste provozieren und angreifen, so daß selbst Sicherheit und Leben des einzelnen Sudetendeutschen gefährdet sind. Im besonderen wurde Bericht erstattet über die Vorfälle nach den Wahlversammlungen der Sudetendeutschen Partei in Prag und Brünn.

Es wurden Protokolle vorgelegt, die beweisen, daß eine aufgehetzte Menge in Prag und Brünn geradezu eine Menschenjagd auf Deutsche veranstaltet, daß die Sicherheitsorgane ihre Pflicht nicht erfüllt haben und es selbst parlamentarischen Vertretern unmöglich gemacht wurde, sich der Angefallenen anzunehmen. Ungehindert kann die Wahlpropaganda der Tschechen, marxistischen und kommunistischen Partei mit Hepparolen gegen das Deutschtum, gegen die Sudetendeutsche Partei und Konrad Henlein agitieren. Unterstützt wird diese Agitation nahezu von der gesamten tschechischen Presse, während es sudetendeutschen Zeitungen von der Zensur unmöglich gemacht wird, Darstellungen über die Vorfälle und das Vorgehen der Sicherheitsorgane zu veröffentlichen und den wahren Sachverhalt aufzuzeigen.

Der Politische Ausschuss stellt fest, daß bereits nach den ersten Vorfällen der Ministerpräsident Dr. Hodza von einer parlamentarischen Abordnung der Sudetendeutschen Partei schriftlich und mündlich auf den Ernst

der Lage und die gefährlichen Folgen einer planmäßigen Wühlarbeit gegen das Sudetendeutschtum aufmerksam gemacht wurde. Ueberdies sind die vor Monaten mit Ministerpräsident Dr. Hodza geführten Besprechungen über die Voraussetzungen eingeleitet worden, daß seitens der Regierung der staatlichen Behörden Maßnahmen ergriffen werden, die

1. die volle staatsbürgerliche Freiheit des Sudetendeutschtums garantieren, und
2. einen Zustand herbeiführen, der es ermöglicht, daß die sudetendeutschen Abordnungen als Gleiche unter Gleichen die Verhandlungen beginnen.

Demgegenüber stellt der Politische Ausschuss fest, daß Regierung und Behörden diese Voraussetzungen nicht geschaffen haben. Er hat daher beschlossen, dem Ministerpräsidenten Dr. Hodza mitzuteilen, daß die Sudetendeutsche Partei nicht in der Lage wäre, die Besprechungen über das Nationalitätenstatut der Regierung aufzunehmen, solange nicht die Ruhe und Ordnung im sudetendeutschen Gebiet und überall die primitivsten verfassungsmäßigen Rechte der Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit des Sudetendeutschtums garantiert sind.

Alle Organisationsstellen, Amtswalter und Mitglieder der Sudetendeutschen Partei werden nochmals nachdrücklich aufgefordert, unbedingt Kaltblütigkeit zu bewahren. Der Politische Ausschuss hält sich für verpflichtet, die verantwortlichen Stellen darauf aufmerksam zu machen, daß die Parteiführung nicht in der Lage ist, den einzelnen deutschen Volksgenossen abzuhalten, von dem Recht auf Notwehr Gebrauch zu machen, falls den gegen das Sudetendeutschtum gerichteten Provokationen kein Ende gesetzt wird.“

und fliehen mit den Fäusten und Bajonetten auf sie ein. Die Deutschen wandten sich an die zahlreich patrouillierende Staatspolizei um Hilfe.

Unter dem Kommando eines Zugführers hieben inzwischen die Soldaten weiter auf die Bevölkerung ein.

Abgeordneter Remetz, der sofort gerufen wurde, ersuchte die Staatspolizei, nachdem fast nurmehr Soldaten auf dem Marktplatz waren, um Feststellung des Zugführers und seiner Komplizen. Trotzdem sah die Polizei zu, ohne einzuschreiten, als sich die Soldaten gegen den Abgeordneten Remetz wandten und ihn tätlich angingen. Zahlreiche Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt und in das Krankenhaus, das Sanatorium und in die Jahn-Turnhalle gebracht.

Schließlich erschien ein großes Gendarmerieaufgebot, das unter dem Kommando eines energisch eingreifenden Majors die Soldaten in die Kaserne trieb. Zur Stunde werden sie dort zurückgehalten.

Abgeordneter Remetz hat an den Prager Innenminister eine Drahtnachricht gerichtet, in der er den Vorgang und die grundlosen Ueberfälle auf die Bevölkerung durch Militärpersonen schildert und die sofortige Kasernierung des Militärs fordert.

Im ganzen dürften etwa hundert Personen mehr oder minder schwer verletzt sein. In der Jahn-Turnhalle sind mehrere durch Bajonettschläge untergebracht. Ihre Verletzungen werden protokollarisch festgehalten.

Auch in Brünn kam es am Freitag wieder zu Demonstrationen gegen das Sudetendeutschtum. Tschechische nationalistische Studenten versuchten im Laufe des Tages mehrfach, gegen das in weitem Umkreis abgeperrte „Deutsche Haus“ vorzugehen, wurden aber von einem starken Gendarmerieaufgebot zurückgehalten. Polizei mit aufgeschlängtem Seitengewehr hat vor dem „Deutschen Haus“ eine Absperrungswache bezogen.

Mit Schußwaffe und Säbel gegen Sudetendeutsche

In der sudetendeutschen Industriestadt Chodau bei Karlsbad kam es am Freitag zu schweren Zusammenstößen zwischen Gendarmen und der deutschen Bevölkerung. Tschechische Gendarmen aus Chodau hatten gestern zwei junge deutsche Turner verhaftet, weil diese deutsche Heimatlieder gesungen hatten. Eine Abordnung der deutschen Einwohnerschaft von Chodau erschien heute morgen beim Gendarmeriekommando, um die Freilassung der beiden Turner zu erwirken. Die Abordnung wurde von den Gendarmen in brutaler Art zurückgewiesen, bedroht und zum Verlassen des Gebäudes gezwungen. Der Bevölkerung von Chodau bemächtigte sich daraufhin eine ungeheure Erregung.

Die tschechische Gendarmerie, die die Nerven völlig verloren hatte, ging mit Schußwaffe und gezogenem Säbel gegen deutsche Straßenpassanten vor. Als ein Gendarm auf die Straßenpassanten zu schiefen begann und auch die anderen Gendarmen ihre Gewehre und Revolver schußbereit machten, erreichte die Erregung ihren Höhepunkt.

Die Kaufleute von Chodau schlossen entsetzt ihre Geschäfte und ließen die Rolläden herunter. In den Betrieben wurde die Arbeit eingestellt, und es sammelten sich große Gruppen empörter Einwohner in den Straßen der rein deutschen Stadt.

Die Laitsache von der Terrorisierung der Einwohner von Chodau durch tschechische Gendarmen löste auch in den Nachbarorten Neusattel und Falkenau große Empörung aus. Die Bevölkerung schloß sich ebenfalls der Aktion der deutschen Einwohnerschaft von Chodau an und legte die Arbeit nieder. Den Amtswaltern und Ordnern der Sudetendeutschen Partei gelang es schließlich durch Appelle an die sprichwörtliche Disziplin der Sudetendeutschen, die Menge zu beruhigen und zur Rän-

nung der Straßen zu veranlassen, auf denen in den späten Abendstunden immer noch tschechische Gendarmen mit schußbereiten Gewehren patrouillieren.

Ein Schritt sudetendeutscher Abgeordneter beim Landeshauptmann Dr. Cerny

Landesausschussmitglied Dr. Subert Preibsch und die Brünnener Abgeordneten und Senatoren der SdP. haben beim Landeshauptmann Dr. Cerny vorgesprochen und darauf hingewiesen, daß erhöhter Schutz der deutschen Gebäude in Brünn, vor allen Dingen des Deutschen Hauses, der Deutschen Technischen Hochschule und des Deutschen Theaters nötig ist, weil sich bei den Kundgebungen Donnerstagabend gezeigt hat, daß die Staatspolizei und auch die aufgebotene Gendarmerie zu schwach war, um ein Durchbrechen ihrer Rordons und den Sturm auf das Deutsche Haus zu verhindern.

Tschechische Soldaten überfallen Deutsche

Ueber 100 Verletzte durch Bajonettschläge

Am Freitag berief der Bezirkshauptmann von Komotau in Nordwestböhmen die Spitzen der Sicherheitsbehörden und den Abgeordneten Remetz der Sudetendeutschen Partei in sein Amt, um angesichts der kritischen Stimmung unter der Bevölkerung alle Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu treffen.

Bis 20.30 Uhr war alles vollkommen ruhig. Plötzlich bemerkte man, wie aus den Seitengassen zahlreiches dienstfreies Militär auf den Marktplatz strömte. Wie auf ein Kommando stürzten sich plötzlich die Soldaten, ohne daß jemand von der deutschen Bevölkerung auch nur den geringsten Anstoß gegeben hätte, auf die Ahnungslosen

Die öffentliche Weltmeinung ist seit Wochen schon über die Zustände in der Tschechoslowakei, deren Terrorpolitik gegen die Minderheiten unhaltbar geworden war, orientiert worden. Die Prager Regierung mußte es auch, daß in der Welt, besonders in England, ihre Nationalitätenpolitik nicht mehr verstanden, ja sogar scharf mißbilligt wurde, und es hatte den Anschein, als ob die Prager Regierung, die ein Nationalitätenstatut daraufhin ausgearbeitet hat, zur Einsicht und Vernunft gekommen und zum Einlenken bereit sei.

Die neuen ungläublichen Zwischenfälle in den sudetendeutschen Städten lenken nun die Weltmeinung erneut auf den europäischen Gefahrenherd Tschechoslowakei, wo die staatlichen Sicherheitsorgane versagen, wenn es gilt, die deutsche Bevölkerung vor dem tschechischen Terror zu schützen, und wo beispielsweise in Prag und Brünn geradezu Menschenjagden auf Deutsche veranstaltet werden können. Durch Terror und offensichtliche Provokationen werden die tschechischen Machthaber in Prag nie eine Verständigung zwischen den Nationalitäten herbeiführen können, vielmehr zerschlagen sie damit alle Hoffnungen auf eine wirkliche Befriedung in der Tschechoslowakei.

Mit Terror und Deutschenverfolgungen, das möge sich die Prager Regierung ersichtlich gesagt sein lassen, kann man keine Staatsautorität markieren! Es ist unerhört, wenn die tschechischen Polizeiorgane einseitig gegen die Deutschen Partei ergreifen, anstatt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Man wird damit auch nicht den Westmächten den Eindruck von einem starken Staatswesen verschaffen, was vielleicht der hinterhältige Grund der neuen provozierten Zwischenfälle sein dürfte. Auch dürften derartige brutale Methoden in dem stattfindenden Wahlkampf die Sudetendeutschen kaum einschüchtern, die trotz brutaler Unterdrückung mehr als zwanzig Jahre gegenüber dem tschechischen Terror sich haben behaupten können.

